für die
volksmacht

Zentralorgan der Vereinigung Revolutionärer Arbeiter Österreichs (ML)

Eigentümer: Vereinigung Revolutionärer Arbeiter Österreichs (ML); Herausgeber und Verleger: Alfred Jocha; alle: 1200 Wien, Dresdner Straße 48/4/7. Für den Druck und den Inhalt verantwortlich: Herbert Treitl, 1020 Wien, Czerningasse 15/2.

P. b. b. Verlagspostamt 1200 Wien
Erscheinungsort Wien



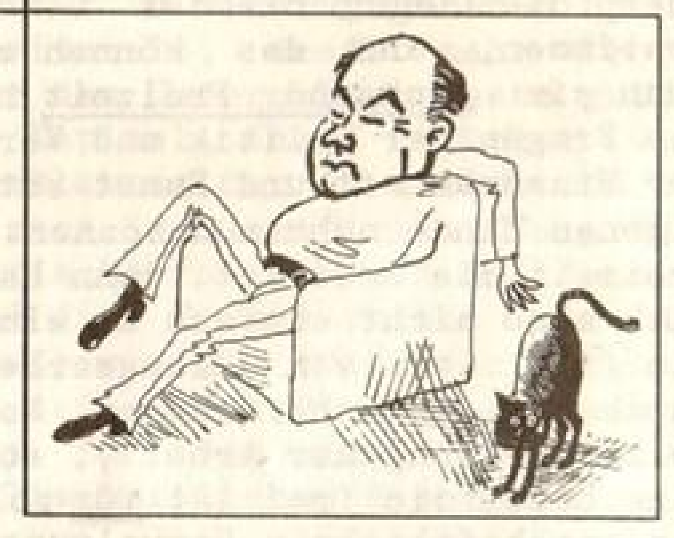
Telefon 33 87 774
Zuschriften an:
1205 Wien, Fach 3

Der verehrte Herr Bundeskanzler regiert so, als wäre er Mitglied der Industriellenvereinigung. Unternehmerfreundlich. Stockkonservativ. Und er macht mit vielen Worten nichts für die Arbeiterschaft.





Sein Finanzminister gibt den Industriellen gigantische Steuergeschenke. Er erhöht lieber die sogenannten Massensteuern, denn die zahlen hauptsächlich wir – die arbeitenden Menschen.



Und was tut der Herr Gewerkschaftspräsident gegen Preistreiberei und Reallohnverlust? Richtig geraten, lieber Leser, er tut nichts. Er verheißt uns vielmehr eine „Durststrecke".

Arbeiter,

von der Gewerkschaft habt ihr nichts zu erwarten, die tut nichts für euch, die ist nur an euren Gewerkschaftsbeiträgen interessiert. Wenn ihr etwas erreichen wollt, dann müßt ihr selber etwas tun. Fordert eine Teuerungsabgeltung, fordert euren Anteil an der Produktivitätssteigerung; und fühlt bei dieser Gelegenheit gleich einmal euren – leider oft korrumpierten – Betriebsräten auf den Zahn. Dann wird sich zeigen, ob der Betriebsrat die Interessen seiner Partei und des Unternehmers vertritt oder die Interessen der Arbeiterschaft. Arbeiter,

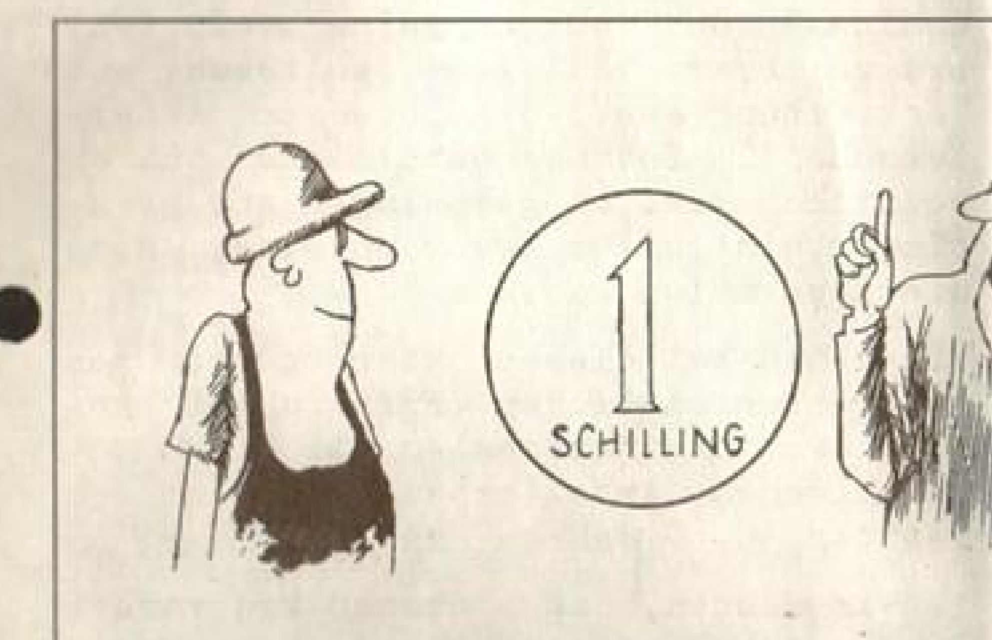
wehrt euch

für die
volksmacht

Zentralorgan der Vereinigung Revolutionärer Arbeiter Österreichs (Marxisten-Leninisten)

Einzelpreis S 3,–
Jahresabonnement S 30,–

Nr. 71 · Februar 1973



Der Lohn-Schilling darf nicht kleiner werden!

Deine Gewerkschaft

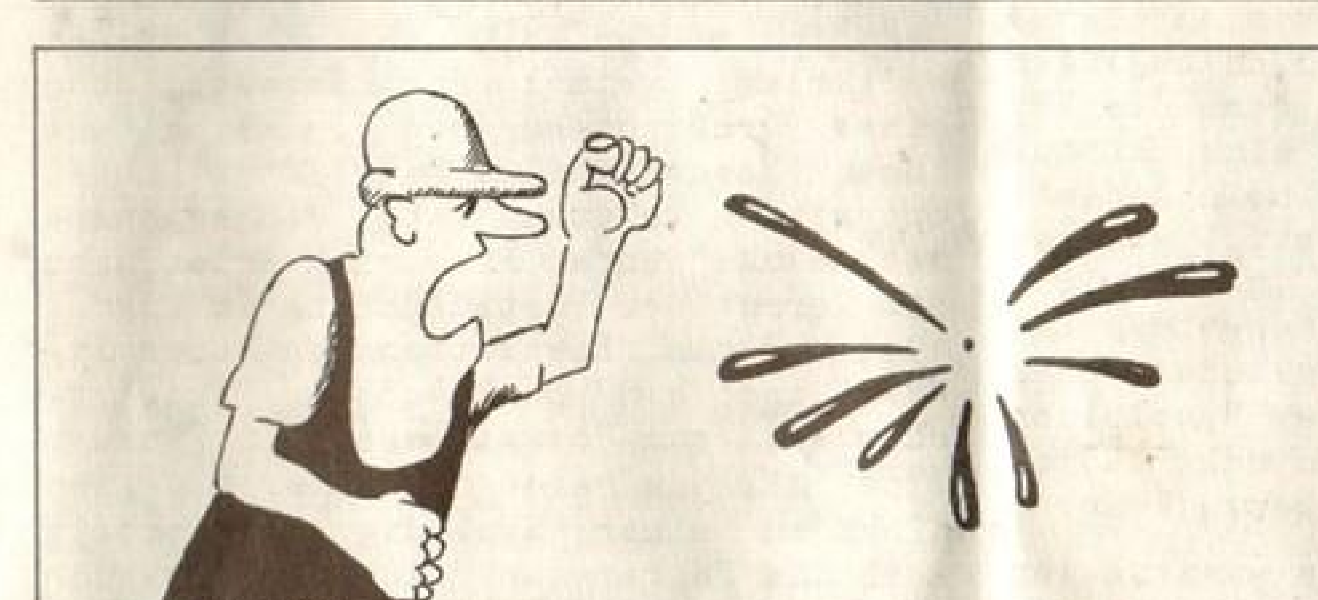




Der Lohn-Schilling

...

eine Gewerkschaft



Sch...

Gewerkschaft

Die Massenbasis der revolutionären Bewegung



Über unsere Perspektiven (Schluß)

Eine wirkliche Revolution kann nur eine Volksrevolution sein. Sie wird von den breiten Massen getragen, d.h. von der Arbeiterschaft und den ihr zugehörigen unteren Angestellten und öffentlich Bediensteten. Diese proletarischen Schichten machen zusammen drei Viertel der österreichischen Bevölkerung aus, und von ihnen leisten etwa sieben Zehntel der SPÖ Gefolgschaft.

Daraus ergibt sich, daß es in Österreich eine sozialistische Revolution nur geben kann, wenn sie von den sozialdemokratischen Arbeitern gewollt und durchgeführt wird. Und das in doppeltem Sinn: 1. ist die Revolution objektiv nur notwendig, wenn die breiten Massen der arbeitenden Bevölkerung, und das sind eben vor allem die sozialdemokratisch beeinflußten Arbeiter, sie für notwendig erachten; 2. ist sie nur dann möglich, wenn sie sich auf den Willen und die aktive Teilnahme dieser breiten Arbeitermassen stützt, also deren eigenes Werk ist.

Damit kein Mißverständnis aufkommt: Wir meinen nicht etwa, daß sich die entscheidende Masse der unter SP-Einfluß stehenden Arbeiter von ihrer Partei loslösen und einer neuen kommunistischen Partei anschließen müßte, damit es zur Revolution kommen kann. Würden wir das annehmen, dann begingen wir den gleichen Fehler, den die KPÖ gemacht hat (als sie noch eine kommunistische Partei war). Wir meinen damit vielmehr, daß es eine sozialistische Revolution in Österreich geben wird, wenn die entscheidende Masse der SP-Arbeiter - eben als Mitglieder oder Wähler ihrer Partei - die Revolution wollen werden, und daß es nur in diesem Fall eine Revolution geben kann.

Um gleich einem anderen eventuellen Mißverständnis vorzubeugen: Wir denken natürlich nicht daran, daß die Revolution zusammen mit der gegenwärtigen SP-Führung durchgeführt werden könnte, sondern wissen, umgekehrt, sehr wohl, daß sie nur im schärfsten, unversöhnlichem Kampf gegen diese Führung erfolgreich sein kann. Gerade weil die SP-Massen diese Revolution wollen werden, müssen sie ihre derzeitigen Führer, die von Klassenverrätern bereits zu Klassenfeinden geworden sind, entschlossen und schonungslos bekämpfen, bis zu ihrer völligen Isolierung und Vertreibung aus den Reihen der Arbeiterschaft. Und nur wenn diese Führer politisch restlos geschlagen und praktisch einflußlos geworden sind, kann die Revolution siegen.

Wir gehen bei diesen Überlegungen von den geschichtlichen Erfahrungen sowohl der internationalen wie der österreichischen Arbeiterbewegung in den letzten 50-60 Jahren aus.

1. Wir wissen, daß, ebenso wie vorher die Bolschewistische Partei Lenins, die nach dem Ersten Weltkrieg entstandenen großen kommunistischen Massenparteien in Europa (Frankreich, Italien, Tschechoslowakei, Deutschland) aus einer echten Spaltung der alten Parteien der II. Internationale hervorgegangen sind; daß es aber andererseits keine einzige kommunistische Partei, die damals irgendwie am Rande der sozialdemokratischen Arbeiterschaft (und in deren Augen als Splittergruppe) entstanden ist, vermocht hat, im Verlaufe eines halben Jahrhunderts und mehr den Großteil der SP-Arbeiter zu sich herüberzuziehen.

2. Wir wissen ferner, daß es in der Geschichte der SPÖ seit dem Ersten Weltkrieg zweimal zur Herausbildung einer ernstzunehmenden (nämlich, was ihren Masseneinfluß betrifft) "Links"-opposition gekommen ist: die sogenannte "Linke" unter Friedrich Adler nach dem Verrat der Parteiführung im August 1914 und die "Revolutionären Sozialisten" nach dem Bankrott des "friedlichen Wegs zum Sozialismus" im Februar 1934. Es kam beide Male aber trotzdem nicht zu einer Spaltung der Partei, weil die Führer der "Linken" bzw. der "Revolutionären Sozialisten" keine

Die Stimme aus der Sackgasse

Die Trotzkisten unterstützen das revisionistisch-sozialdemokratische Wahlbündnis in Frankreich



Für die allgemeinen Parlamentswahlen, die in Frankreich im März 1973 stattfinden, werden umfangreiche Vorbereitungen zur Manipulation der Wähler vorgenommen. Zu diesem Zweck hat sich die „Linke Opposition" vereinigt. Diese Opposition setzt sich hauptsächlich aus den Revisionisten und den „Sozialisten" zusammen, die den unzufriedenen werktätigen Massen eine neue Volksfront vorspiegeln wollen.

Als „Hauptverdienst" bringen die französischen Revisionisten — trotz aller Selbständigkeitsfloskeln natürlich treue Anhänger der russischen Sozialimperialisten — ihre entscheidende Rolle bei der Abwürgung der Arbeiter- und Studentenrebellion im Mai/Juni 1968 mit, während die französische SP ein Sammelsurium diverser bürgerlicher Politiker ist, die alle nur eines gemeinsam haben: treue Anhänger des US-Imperialismus zu sein. Das Regierungsprogramm dieser seltsamen Koalition „im Interesse des Volkes" ist ebenso wahr und ehrlich wie bei uns das der Regierung Kreisky. Und das wahre Ziel ist ebenso „kreiskyisch": Betrug der werktätigen Massen, Verewigung und Festigung der Herrschaft der internationalen Monopole und Unterwerfung des Landes unter die Kontrolle der beiden Supermächte.

Nun sind in Frankreich aber seit den Ereignissen im Jahre 1968 besonders die Trotzkisten aktiv, um mit revolutionären Phrasen vor allem die revolutionär gesinnte Jugend in eine Sackgasse zu führen. Nicht immer war und ist die Tätigkeit dieser Agenten des Imperialismus durchschaubar. Jetzt aber, wo es sozusagen um die Wurst geht, das heißt, um höchste Interessen ihrer Brötchengeber, da schlägt die Stunde der Wahrheit. Die Trotzkisten hielten zum Thema Wahl eine Konferenz ab, deren Ergebnis eine langatmige Erklärung war, die mit vielen pseudorevolutionären Phrasen der staunenden Umwelt mitteilte, daß sich die Trotzkisten am Wahltheater beteiligen werden. Im ersten Wahlgang werden sie überall „revolutionäre Kandidaten" aufstellen (die ohnedies nicht die geringste Chance haben), im zweiten jedoch (und der ist im französischen Wahlsystem der entscheidende) werden sie ihre Wähler aufrufen, für den Linksblock zu stimmen.

Dazu erübrigt sich jeder Kommentar. Wir hielten es jedoch für nützlich, diese Nachricht aus Frankreich zu bringen, da auch bei uns in Österreich die Trotzkisten versuchen, in den Reihen der revolutionär gesinnten Jugend krebsen zu gehen. Sie wollen die Jugend für ihre gar nicht zweideutigen, sondern eindeutigen konterrevolutionären Zwecke mißbrauchen. ●

wirklichen Marxisten waren, sondern es nur verstanden haben, sich durch scheinmarxistische Phrasen zu Wortführern der revolutionären Massen zu machen. Es kam daher zu einer Versöhnung der "Linksopposition" mit dem auch in der Phraseologie rechts gebliebenen Flügel der Partei auf der Basis eines "Kompromisses", der so aussah, daß die reaktionäre Politik der Rechten mit den radikalen Phrasen der "Linken" verbrämt, verdeckt, verhüllt wurde. Das eben war - und ist auch heute - das spezifische Kennzeichen des sogenannten "Austromarxismus" (oder "Austro-Sozialismus", wie ihn Pittermann auf dem Villacher Parteitag im April 1972 umgetauft hat.)

Eine echte Linksopposition, die dem revolutionären Willen der SP-Arbeiter entspräche, kann nur entstehen, wenn eine solche Scheinopposition und damit ein ähnlicher verräterischer Kompromiß verhindert wird. Das kann wiederum nur dann geschehen, wenn die sich unvermeidlich radikalisierenden SP-Arbeiter aus ihrer Mitte eine revolutionäre

Führung hervorbringen. Eine solche Führung ist jedoch erst gegeben, wenn sich die Vorkämpfer der sozialdemokratischen Arbeiter den Marxismus-Leninismus angeeignet haben. Und so muß denn der Marxismus-Leninismus in die Massen der SP-Arbeiterschaft hineingetragen werden. Durch wen? Eben durch die VRA, durch ihre Aktivisten in den Betrieben.

Worauf gründen sich die Perspektiven einer Revolutionierung der Hauptmasse der sozialdemokratischen Arbeiter? Sie gründen sich auf die unvermeidliche Zuspitzung der Klassengegensätze infolge der Angriffe der Kapitalisten auf die Lebenshaltung und die Lebensrechte der arbeitenden Menschen sowie auf die drohende Verschärfung der innen- und außenpolitischen Lage, auf die Gefahr von Faschismus und Krieg infolge der unlösbaren Widersprüche des Kapitalismus.

Dabei müssen wir folgende geschichtliche Erfahrungen beachten: Der gewaltige Jännerstreik 1918 wurde von SP-Arbeitern durchgeführt (eine KP gab es ja damals noch gar nicht); ebenso war die Revolution 1918 das Werk der SP-Arbeiter. Die machtvolle Demonstration gegen den Freispruch von Arbeitermördern im Juli 1927 und der damalige Generalstreik waren gleichfalls Aktionen der SP-Arbeiter. Die Februar-Kämpfe 1934 wurden in der Hauptsache von sozialdemokratischen Schutzbündlern geführt. Auch der größte Klassenkampf in der Zweiten Republik, der Oktoberstreik 1950, wurde in erster Linie von SP-Arbeitern ausgelöst und durchgeführt, die über den Verrat ihrer Führer aufs äußerste empört waren (obwohl damals auch die kommunistischen Arbeiter eine positive Rolle gespielt haben, im Gegensatz zur KP-Führung, die den Streik verraten hat). Das ist die eine Seite der geschichtlichen Erfahrungen, die von den gigantischen revolutionären Möglichkeiten zeugt, welche in der sozialdemokratischen Arbeiterschaft schlummern.

Es gibt aber auch eine andere Seite dieser geschichtlichen Erfahrungen. Die Revolution von 1918 wurde den Arbeitern gestohlen und in eine kapitalistische Konterrevolution umgewandelt. Die antifaschistischen Kämpfe der Arbeiter in den Jahren 1927 und 1934 wurden blutig niedergeschlagen, und der Faschismus konnte zeitweilig triumphieren. Ja, noch mehr: Ein - wenn auch verhältnismäßig kleiner, so doch zahlenmäßig nicht unerheblicher - Teil der sozialdemokratischen Arbeiter ist unter dem furchtbaren Druck der jahrelangen Arbeitslosigkeit mehr oder weniger dem Hitlerfaschismus auf den Leim gegangen, der ihnen einen "Ausweg" aus ihrer Not versprach. Freilich führte dann dieser "Ausweg" schnurstracks in das Grauen des Zweiten Weltkriegs! Und 1966 kam es infolge der Erbitterung der Arbeiterschaft über die Koalitionspolitik zu einer gewissen Spaltung der SPÖ, wobei Olah mit einem Schlag etwa acht Prozent der SP-Wähler ins rechtsextremistische Lager führte (sei es auch nur vorübergehend). Warum das alles? Einfach darum, weil die Arbeiterklasse keine wirkliche oder wirksame revolutionäre Führung hatte.

Und wie sieht es heute aus? In den zunehmenden Wahlenthaltungen von SPÖ-Wählern, in den seit dem Regierungsantritt Kreiskys immer häufiger aufflammenden Streiks und sonstigen innerbetrieblichen Kämpfen sowie in den Verlusten der SPÖ bei den jüngsten Betriebsratswahlen müssen wir eine wachsende Unzufriedenheit der sozialdemokratischen Arbeiter mit der Regierung ihrer Partei erkennen. Wir dürfen aber zugleich nicht übersehen, daß die Kapitalisten und ihre Agenten alle Anstrengungen machen, um die unzufriedenen Massen irrezuführen, sie auf sehr gefährliche Abwege zu lenken. Die chauvinistische Feindseligkeit gegen die "Tschuschen", die nationalistische Slowenenhatz in Kärnten, die antisemitischen Regungen, die sich da und dort bemerkbar machen - all das sind faschistische Tendenzen, die von der Reaktion bewußt geschürt werden, um die Arbeiterschaft vom Klassenkampf abzuhalten und an die herrschende Klasse zu ketten.

Die VRA hat schon vor viereinhalb Jahren, auf ihrer Gründungskonferenz, vorausgesagt, daß die Bourgeoisie, wenn sie nicht anders kann, eine SP-Regierung ans Ruder bringen würde und nach dem Abwirtschaften dieser Regierung die Gefahr einer Ablenkung der enttäuschten Arbeiter auf faschistische Geleise entstehen könnte, wenn es der marxistisch-leninistischen Vorhut des Proletariats nicht gelingen sollte, die Massen auf den revolutionären Weg

Arbeitslose im graphischen Gewerbe Tirols

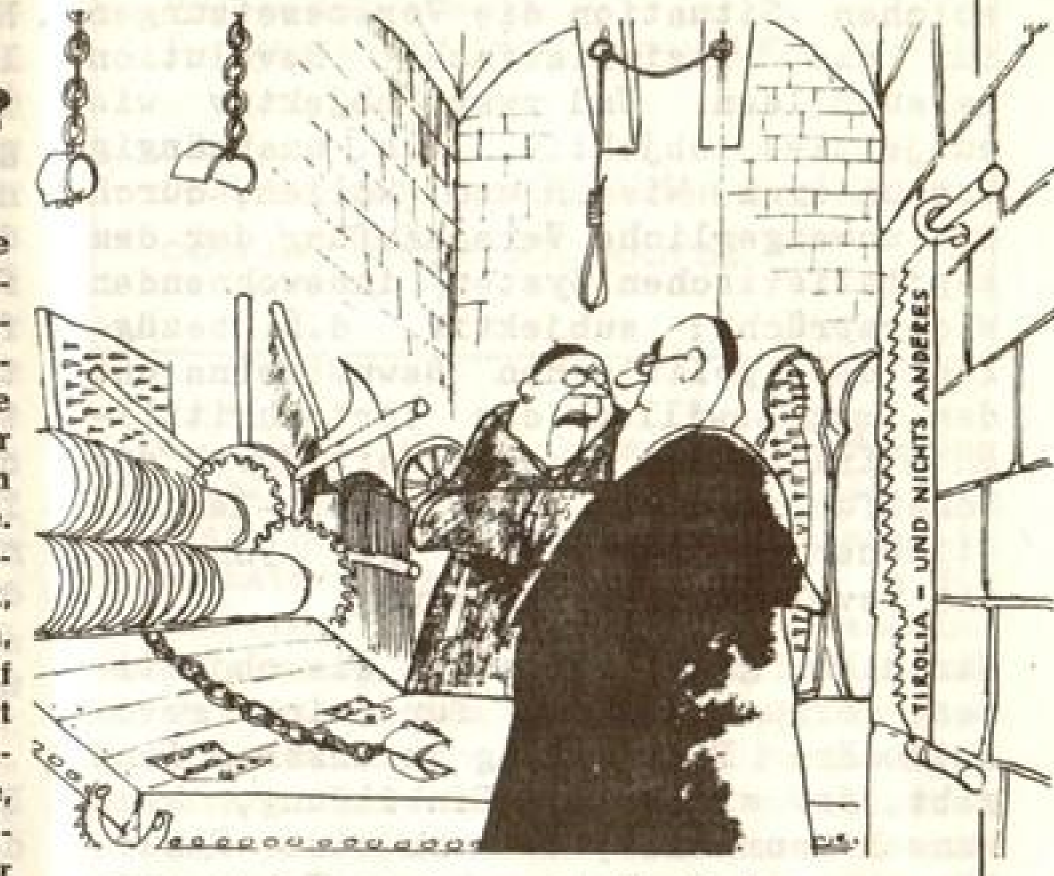


Wie kam es dazu?

Den Anfang machte eine Druckerei in Telfs. Diese Firma hatte sich auf die Herstellung von Rabattmarken spezialisiert. Als nun die großen Handelsketten Spar, ifa, Adeg usw. ihre Rabattmarkenaktionen einstellten, da war mit einem Schlag das große Geschäft vorbei. Da sich der Herr Unternehmer nicht rechtzeitig nach neuen Aufträgen umgesehen hatte, saßen seine Beschäftigten bald auf der Straße. Den zweiten Bankrott machte eine Firma in Innsbruck. Erst vor kurzem an das große Geld gelangt, konnte der Unternehmer nicht genug bekommen, kaufte eine neue Maschine nach der andern (auf Pump natürlich) und warb bei anderen Firmen mit Superlöhnen Arbeiter ab. Als sich dann herausstellte, daß er aus dem Topf mehr herausholen wollte, als darinnen war, mußte er ebenfalls Konkurs anmelden, und die eben erst abgeworbenen Arbeiter stempeln teilweise noch heute, da sie in ihren früheren Firmen nicht mehr eingestellt wurden.

Einen speziellen Beitrag zur Verschärfung der Arbeitsmarktlage leistet auch die Verlagsanstalt Tirolia GmbH in Innsbruck. Diese Firma, deren Aktienmehrheit der katholischen Kirche gehört, macht ihren durch Niedrigstlöhne bedingten Facharbeitermangel dadurch wett, daß sie scharenweise Lehrlinge einstellt. Diese werden nach kurzer Anlernzeit als billige Arbeitskräfte ausgenützt. Und dieser Art von Ausbeutung wird besonders durch die vierjährige Lehrzeit im graphischen Gewerbe Vorschub geleistet. (In der Bundesrepublik und in der Schweiz drei Jahre Lehrzeit.)

In allen diesen Fällen hat die Gewerkschaft Druck und Papier gezeigt, daß sie nicht bereit ist, den betroffenen Kollegen durch Organisierung und Unterstützung von Kampfmaßnahmen zu helfen. Sie beschränkte sich lediglich darauf, die entlassenen Kollegen nach Möglichkeit in anderen Betrieben unterzubringen und unternahm nichts, um die arbeiterfeindlichen Unternehmerpraktiken zu bekämpfen. Solche Beispiele zeigen deutlich, wie notwendig es ist, daß wir Arbeiter unsere Interessen selbst verteidigen, und daß es nicht genügt, monatlich seinen Gewerkschaftsbeitrag zu zahlen.



„Wir sind ja selber schuld. Bei unseren Möglichkeiten hätten wir es eigentlich nie nötig gehabt, uns mit lohnfordernden Arbeitern herumzustreiten."

zu führen. Es gibt eben keine automatische Revolutionierung der SP-Arbeiter. Es gibt nur die objektive Möglichkeit und hängt vom "subjektiven Faktor", also vor allem von der Vereinigung Revolutionärer Arbeiter Österreichs (Marxisten-Leninisten), ab, ob diese Möglichkeit zur Wirklichkeit wird.

Es kommt somit darauf an, daß sich die marxistisch-leninistischen revolutionären Arbeiter als bewußteste und aktivste Teilnehmer und Initiatoren der Kämpfe in den Betrieben bewähren, daß sie gemeinsam mit ihren Arbeitskollegen, vor allem den SP-Arbeitern, neue Formen der Zusammenarbeit und des Kampfes finden. Diese neuen Formen werden sicherlich auch neue Formen der Klassenorganisation sein, welche die Betriebsarbeiter selbst entdecken und entwickeln werden. Im Verlaufe dieser Entwicklung werden sich auch die Keimzellen der neuen Revolutionären Arbeiterparteien herausbilden.

Lenin hat bekanntlich die proletarische Partei als eine Verbindung der Wissenschaft (des wissenschaftlichen Sozialismus) mit der spontanen (von sich aus entstehenden und auf den wirtschaftlich-sozialen Tageskampf gerichtet) Arbeiterbewegung bezeichnet. Diese Verbindung erfolgt unter unseren Verhältnissen dadurch, daß die VRA-Genossen den auf das heutige Österreich angewandten Marxismus-Leninismus

in die Kampfbewegung hineintragen. Wir haben dargelegt, daß die heutige Situation in Österreich nicht revolutionär ist, sich aber gerade in einer solchen Situation die Voraussetzungen für die sozialistische Revolution herausbilden. Und zwar objektiv wie subjektiv: objektiv, d.h. unabhängig von unserem Wissen und Wollen, durch die unweigerliche Verschärfung der dem kapitalistischen System innewohnenden Widersprüche; subjektiv, d.h. bezüglich des politischen Bewußtseins und des Kampfeswillens der fortschrittlichen Kräfte der Gesellschaft, durch die Schaffung einer marxistisch-leninistischen Arbeiterschaft als Führerin der revolutionären Bewegung.

Wir haben gesehen, daß es die objektiven Voraussetzungen für eine revolutionäre Entwicklung in unserem Land gibt, daß sie keine Einbildung, kein Wunschtraum sind, sondern eine Realität. Wir sind aber auch zur Erkenntnis gelangt, daß es auf die klassenbewußte und kampfentschlossene Avantgarde ankommt, wenn die revolutionäre Bewegung sich entfalten und in die sozialistische Revolution münden soll.

Marx und Engels, die Begründer des wissenschaftlichen Kommunismus, haben längst festgestellt, daß die sozialistische Revolution eine geschichtliche Notwendigkeit ist, die von den Entwicklungsgesetzen des Kapitalismus diktiert wird. Sie haben aber zugleich gewarnt, daß auch die düstere Alternative eines "gemeinsamen Untergangs der kämpfenden Klassen", eines "Rückfalls in die Barbarei" möglich ist, falls die führende Kraft der Revolution fehlt oder versagt. Die Geschichte kennt mahnende Beispiele einer solchen Alternative: den Niedergang Italiens und anderer Mittelmeerländer nach dem Ende des Römischen Reichs und den grausamen Vorgeschmack eines "Tausendjährigen Reichs" der Barbarei, den uns der Hitlerfaschismus gegeben hat.

Daraus ergibt sich, welche entscheidende Verantwortung den revolutionären Arbeitern, den Marxisten-Leninisten von der Geschichte auferlegt ist. Zeigen wir uns also dieser ungeheuren Verantwortung würdig und gewachsen! Von unserer persönlichen klaren Einsicht und unserem persönlichen Einsatz hängt alles ab. ●



Unsere 9-Punkte-Erklärung

1. Die geschichtliche Aufgabe der österreichischen Arbeiterklasse in unserer Zeit ist es, eine neue revolutionäre Partei des Proletariats zu schaffen. Die Grundaufgabe der VRA ist es, die Schaffung dieser Partei vorzubereiten. Die Klassenpartei des Proletariats ist, wie Lenin vor siebzig Jahren dargelegt hat, die Verbindung des wissenschaftlichen Sozialismus mit der spontanen Arbeiterbewegung. Die in der VRAÖ(ML) zusammengeschlossenen kommunistischen Arbeiter sind nach dem Verrat der KPÖ-Führung an den Grundsätzen des Marxismus-Leninismus die einzige politische Kraft in der österreichischen Arbeiterschaft, die das Banner des wissenschaftlichen Sozialismus hochgehalten haben und weitertragen; sie sind zugleich mit ihren Arbeitskollegen im Betrieb aufs innigste verbunden, teilen wir mit ihnen Wohl und Wehe, führen gemeinsam mit ihnen die tagtäglichen Kämpfe um die wirtschaftlichen und sozialen Forderungen. Die konkrete Aufgabe der Mitglieder und Anhänger der VRA lautet daher, den Marxismus-Leninismus in die auf Grund der aktuellen Nöte und Sorgen der Arbeiterschaft sich entwickelnde Kampfbewegung für wirtschaft- und soziale Einzelforderungen hineinzutragen und - was im Grunde dasselbe ist - diese Bewegung der proletarischen Politik, d.h. den historischen Zielen der Arbeiterklasse, die Kapitalsherrschaft zu stürzen und die Arbeitermacht zu errichten, unterzuordnen.

2. Die Betriebsarbeit ist daher die Grundaufgabe der VRA-Mitglieder, der Hauptinhalt ihrer politischen Tätigkeit. Die Mitglieder der VRA wirken in unserer Organisation als die klassenbewußtesten Sprecher ihrer Kollegen, vermitteln uns deren Meinungen, damit diese durch unser Kollektiv wissenschaftlich analysiert und synthetisiert werden, um dann in verallgemeinerter Form, wiederum durch unsere Genossen, in ihren Betrieben verbreitet und zum Gemeingut der Arbeiterschaft gemacht zu werden. Dadurch, daß unsere Genossen die Tagesforderungen ihrer Kollegenschaft aktiv und aufopferungsvoll, rückhaltlos und konsequent verfechten, erfüllen sie ihre Aufgabe als marxistisch-leninistische revolutionäre Arbeiter; dadurch, daß sie ihren Kollegen den Klassencharakter der Anschläge des Kapitals im allgemeinen und der Betriebsleitung im besonderen auf die Lebensinteressen der Werktätigen klarmachen und den unvermeidlichen politischen Charakter ihres gerechten Kampfes um Tagesforderungen erläutern, erweisen sie sich als die klarsichtigsten, aufrichtigsten und zuverlässigsten Kollegen der gesamten Belegschaft. Denn es gibt in der gesellschaftlichen Praxis keinen ideologiefreien Raum: Wenn der betriebliche Kampf nicht den Ideen der Befreiung der Arbeiterklasse von der Lohnsklaverei untergeordnet ist, verfällt er unweigerlich, ob das den Massen bewußt ist oder nicht, den in der Gesellschaft herrschenden Ideen, also den Ideen der herrschenden Klasse, so daß jede neue Abmachung zwischen Belegschaft und Unternehmer zu einer neuerlichen Bekräftigung des bestehenden Ausbeutungsverhältnisses wird und schließlich jeder erkämpfte Erfolg durch den Druck des Klassenfeindes wieder rückgängig gemacht wird.

3. Den betrieblichen Kampf mit dem politischen Kampf des Proletariats gegen die Bourgeoisie verbinden heißt also nichts anderes, als die natürliche Einheit dieser beiden Seiten des Klassenkampfes erkennen und in der Praxis zur Geltung bringen. Nur durch den konkreten Kampf um konkrete Forderungen kann die Arbeiterschaft zum Bewußtsein ihrer Klassenlage und zur Erkenntnis ihrer geschichtlichen Aufgabe gelangen. Und nur durch die aktive, ehrliche und konsequente Führung betrieblicher Kämpfe kann sich die Idee von der Befreiung der Arbeiterklasse in eine materielle Gewalt, nämlich in die Kampfaktion der Arbeiter, verwandeln. Jede Trennung der politischen Aufklärung der Arbeitermassen vom Tageskampf um ihre wirtschaftlichen und sozialen Forderungen bedeutet, daß einerseits die politischen Ideen, so richtig sie theoretisch auch seien, in der Luft hängen bleiben und daß anderseits der Tageskampf, so berechtigt er auch sei, an der Lage der Arbeiterschaft nichts ändert, praktisch die Lohnsklaverei endlos verlängert.

4. Unter den heutigen Verhältnissen in Österreich spielt sich der Tageskampf der Arbeiter im Rahmen des Betriebs ab, nicht im Rahmen der Gewerkschaft. Die im Betrieb erkämpften IST-Löhne sind in der Regel höher als die kollektivvertraglichen Löhne. Die auf betrieblicher Basis erzielten Vereinbarungen über die Bedingungen des Verkaufs der Arbeitskraft sind günstiger als die durch die Gewerkschaftssekretariate ausgehandelten. Die Gewerkschaften sind heute keine demokratischen Organisationen der Arbeiterschaft, die ihre Vertreter wählt, sie zur Rechenschaft zieht und gegebenenfalls abberuft, sondern nur bürokratische Institutionen, wo die Gewerkschaftsspitze jene ernennt, die sie wählt, und umgekehrt die Bonzen von ihren Günstlingen "gewählt" werden, während die beitragszahlende Millionenmasse praktisch absolut einflußlos ist. Die Gewerkschaftsbonzen fördern nicht den Kampf der Arbeiter um ihre Rechte, sondern sind die ersten, die ihn hemmen. Die Gewerkschafts-

FÜR DIE VOLKSMACHT, das Zentralorgan der Vereinigung Revolutionärer Arbeiter Österreichs (ML), erscheint monatlich.
Einzelpreis S 3,–, Jahresabonnement S 30,–.

Bestellungen an: 1205 Wien, Fach 3, oder 6923 Lauterach, Fach 66

Über die Konsequenzen, die sich aus den Siegen des vietnamesischen Volkes und aus der in Paris erfolgten Unterzeichnung des „Abkommens über die Beendigung des Krieges und die Wiederherstellung des Friedens in Vietnam" ergeben, berichten wir in unserer nächsten Ausgabe.

beiträge werden nicht als Streikfonds verwendet, sondern als Kapitalanlage in der BAWAG. Diese angebliche "Gewerkschaftsbank" (ungefähr zwei Drittel ihres Kapitals stellt der ÖGB, den Rest die GÖC) gewährt kapitalistischen Unternehmen Kredite und ist so durch die dafür bezogenen Kapitalszinsen an der Ausbeutung der Arbeiter direkt beteiligt. Somit sind die Spitzenfunktionäre des ÖGB zu bürokratischen Kapitalisten geworden, die ein aus dem Profit stammendes Millioneneinkommen beziehen und zu den Klassenfeinden der Arbeiter gehören. Im Kampf gegen die kapitalistischen Unternehmer müssen daher die Arbeiter notwendigerweise zugleich gegen die Gewerkschaftsbonzen kämpfen.

5. Da es keine Grundorganisationen der Gewerkschaft gibt bzw. die evtl. vorhandenen Zahlstellen lediglich ein Scheindasein führen, beruft sich die Gewerkschaftsbürokratie auf die Betriebskörperschaften (Belegschaftsversammlungen, Vertrauensmänner, Betriebsräte) als ihre angebliche Massenbasis. Das ist ein Schwindel. Denn 1. sind die Wahl und die Funktion der Betriebsräte durch Gesetz geregelt und vom ÖGB unabhängig; 2. werden sie von allen Arbeitern und Angestellten gewählt, ob sie nun der Gewerkschaft angehören oder nicht; 3. ist die Tätigkeit der Betriebsräte von der Aktivität der betreffenden Belegschaft abhängig und niemals (im positiven Sinn) von der Funktion der Gewerkschaftsbürokratie. Dieses Bestreben der ÖGB-Bonzen, sich auf die Betriebe und Betriebsräte als ihre Massenbasis zu berufen, ist eine Mahnung an die revolutionären Arbeiter, ihre ganze Aufmerksamkeit und Anstrengung auf die Betriebe zu konzentrieren.

6. Die marxistisch-leninistischen revolutionären Arbeiter wissen, daß der tägliche Klassenkampf in den Betrieben notwendigerweise in ein gesteigertes politisches Bewußtsein übergeht. Sie wissen zugleich, daß dies nicht automatisch, d.h. von selbst, erfolgen kann, sondern daß es dazu eben der unermüdlichen und systematischen Aufklärungsarbeit durch die marxistisch-leninistische Vorhut des Proletariats bedarf. Karl Marx lehrt uns, daß ein Verzicht auf den Kampf um die Tagesforderungen der Arbeiterschaft bedeuten würde, die Arbeiterschaft zu ewigem Sklavendasein zu verurteilen, daß aber anderseits ein Verzicht auf die offene und unermüdliche Agitation gegen das kapitalistische Ausbeutungssystem im Zuge des Tageskampfes ebenso bedeuten würde, daß die Abhängigkeit der Lohnsklaven von der Kapitalistenklasse verewigt wird.

7. In diesem Sinne müssen die Genossen der VRA in den Betrieben die im betrieblichen Kampf gewonnenen Errungenschaften der gesamten Arbeiterklasse bekanntmachen, weitestgehend popularisieren. Nur dadurch wird der betriebliche Kampf zum wirklichen Klassenkampf, d.h. zum Kampf Klasse gegen Klasse. Sie müssen ihre Aktivität je nach den lokalen Verhältnissen bestimmen. Unter den gegebenen Bedingungen müssen sie auf ihre Kollegen einwirken, daß die Arbeiterschaft in den Betrieben den Kampf zur Abwehr der Anschläge des Kapitals auf ihre Rechte und Lebensinteressen führt. Sie müssen sich in diesem Kampf als die unbeugsamsten und zuverlässigsten Kollegen ihrer Belegschaft bewähren.

8. Dabei wollen wir nicht für uns irgendein "Parteisüppchen kochen". Im Gegenteil, wir wissen, daß so viele Enttäuschungen durch den Verrat sogenannter Arbeiterführer die arbeitenden Menschen skeptisch und mißtrauisch gegenüber jeder Aufforderung zum Kampf um ihre Interessen werden ließen. Sie nehmen daher vielfach an, sie sollen nur für die Etablierung neuer Bonzen eintreten. Wir haben aber keine anderen Interessen als die übrige Arbeiterschaft. Was die Propaganda für unsere marxistisch-leninistischen Ideen betrifft, so kann sie nur jene Kollegen betreffen, die von sich aus das Bedürfnis haben, sich uns auch ideologisch zu nähern. Wir haben aber keineswegs das Ziel, das Eintreten für die Tagesforderungen der Arbeiterschaft etwa mit einer Werbung für unsere Organisation zu verbinden. Wir vertreiben unsere Zeitungen, veröffentlichen darin Artikel über die Situation in unserem Betrieb und über die Meinungen unserer Arbeitskollegen, ohne dabei ein anderes Ziel zu verfolgen, als dem gerechten Kampf der Arbeiter in unserem Betrieb und der Arbeiterklasse im allgemeinen zu dienen.

9. Aus dem konsequenten Kampf der Betriebsarbeiterschaft werden notwendigerweise auch neue Formen des Zusammenschlusses der Proletarier entstehen, die in organisatorischer Hinsicht den Kampf um wirtschaftliche und soziale Forderungen fördern sollen. Und aus den klassenbewußtesten Arbeitern, die den wissenschaftlichen Sozialismus wirklich aufnehmen, werden sich die Keimzellen der kommenden Revolutionären Arbeiterpartei herausbilden. ●

Tibetisches Kulturgut unterm Hammer



Als es mit dem morschen Feudalregime zu Ende ging, da schafften die tibetischen Adeligen und ihre europäischen Berater noch rasch Kunstschätze ins Ausland. Auch nach Österreich kam eine wertvolle Sammlung. Jetzt wurde sie in die Schweiz verkauft.

Heinrich Harrer, der Weltenbummler aus Kitzbühel, lebte „Sieben Jahre in Tibet", und so heißt auch sein bekanntes Buch. In diesen sieben Jahren, von 1944 bis 1951, herrschte in Tibet allerdings noch der gute alte Feudaladel über die große Masse der besitz- und rechtlosen Leibeigenen. Um die Zustände im damaligen Tibet so richtig anschaulich zu machen, sei hier nur ein kleines Beispiel aus Harrers eigenem Buch erwähnt. Einem Dieb etwa, auch wenn er vielleicht nur des Hungers wegen zum Dieb geworden war, wurde die Hand abgehackt, dann tauchte man ihm – wahnsinnige Sadisten müssen diese Strafe erfunden haben – den Armstumpf in siedendes Fett! (Die großen Diebe, die auf Kosten des bettelarmen Volkes unter goldenen Dächern in Prunkpalästen wohnten, blieben selbstverständlich ungeschoren.) Nicht, daß Herr Harrer nun über solche mittelalterliche Torturen entsetzt gewesen wäre, nein, er fand sie zwar „ziemlich drastisch, aber in ihrer Art das einzig Richtige bei der Mentalität der Bevölkerung." Was auch nicht wunder nimmt, stand er doch mit dem Hochadel von Lhasa gewissermaßen auf du und du. Er fühlte sich in der Gesellschaft von Sklavenhaltern und Menschenschindern offenbar – wenn der Ausdruck gestattet ist – sauwohl.

Erst 1950/51, als während der Befreiung Tibets die Vorrechte der herrschenden Klasse beschnitten wurden, floh unser Weltenbummler ins benachbarte Indien. Bei aller gebotenen Eile hatte er jedoch noch Zeit, ganze Tragtierladungen voll kostbarer Antiquitäten über die Himalajapässe zu schaffen: von der Teetasse bis zum Opferschrank, von 140 jahrhundertealten Bilderrollen bis zu der mit Türkisen besetzten Göttinnenstatue, von der 500 alte tibetische Bücher umfassenden Bibliothek bis zu der mit Gold geschriebenen Heiligen Schrift des Landes. Kurz gesagt, Harrer besaß damit eine der umfangreichsten und wertvollsten Tibet-Sammlungen der Welt.

1959 kam es in Tibet zum Aufstand der ehemaligen Sklavenhalter, und alle braven Antikommunisten ereiferten sich sehr über den „Kampf des Gottkönigs Dalai-Lama und seiner tapferen Khampa-Soldaten gegen die Rotchinesen". Um zu wissen, was in Tibet wirklich gespielt wurde, hätte jedoch ein Blick in Harrers Buch genügt. Denn dort steht – wenngleich in anderem Zusammenhang –, was diese Khampas waren, wenn sie nicht gerade als Soldaten dienten. Nämlich schlicht und einfach Räuber.

Nachdem dann aber die Räubersoldaten besiegt waren und der Räuberhauptmann ins Exil ging, erinnerte sich Harrer an ein paar Meter Film, die er während seiner sieben fetten Jahre in Tibet gedreht hatte. Nun kurbelte er mit Unterstützung seines göttlichen Gönners im indischen Grenzgebiet noch einige Filmrollen dazu und mixte das Ganze zu einem abendfüllenden Streifen über die Flucht des Dalai-Lama vor den „einmarschierenden Chinesen". Fortschrittliche Filmkritiker nannten dieses Werk damals belustigt „Om mani padme Humbug". Das war zwar ziemlich drastisch ausgedrückt, in seiner Art aber das einzig Richtige bei der Mentalität des Filmherstellers. Doch was tat's, Hauptsache, der Streifen wurde in ganz gewissen Kreisen ein Bombengeschäft.

Das Geschäft seines Lebens machte Harrer allerdings erst jetzt. Nicht mit dem Film, versteht sich, sondern mit der Tibet-Sammlung. Als guter Patriot bot er die Kunstschätze natürlich auch österreichischen Museen an, weil aber der Schilling wenig wert und man bei uns auch sonst mitunter knausrig ist, verhandelte er sicherheitshalber noch mit Westdeutschland, Liechtenstein, der Schweiz, den USA und privaten Sammlern. Das Rennen machte die Universität Zürich, denn sie zahlt eine Million Schweizer Franken, etwa 6 Millionen Schilling. Eine königliche Summe für den Freund des Gottkönigs. ●

Die gelenkte Inflation

Sollen die Arbeiter ewig die „Dummen" bleiben? Die Kapitalisten hoffen es.

1973: neues Jahr. Man wünscht einander alles Gute. Wie am Beginn des abgelaufenen Jahres. Doch mit guten Wünschen ist nichts getan. Was hat uns denn das abgelaufene Jahr - ein Jahr unter der SP-Regierung, die von der absoluten Mehrheit der Bevölkerung gewählt wurde und die Interessensvertretung der Bevölkerungsmehrheit versprochen hatte - in Wirklichkeit gebracht? Eine Steigerung der Produktion und der Profite wie noch nie und zugleich eine Steigerung der Produktionsanstrengungen der Werktätigen und der Preise für die von ihnen erzeugten Waren wie noch nie. Sollen auch im kommenden Jahr alle guten Wünsche ins Gegenteil verkehrt werden? Wir glauben, daß dies nicht unbedingt der Fall sein muß. Es muß so kommen, wenn man sich auf fromme Wünsche verläßt. Es wird aber wunschgemäß kommen, wenn man sich auf die eigene Kraft verläßt, auf die Kampfkraft von drei Vierteln der österreichischen Bevölkerung, auf die geballte Kraft der Arbeiter und untergeordneten Angestellten bzw. öffentlich Bediensteten. Ohne Kampf gibt es keinen Sieg. Und die arbeitenden Menschen können siegen, d.h. ihre gemeinsamen Forderungen durchsetzen, wenn sie entschlossen und geschlossen den Kampf für diese gerechten Forderungen aufnehmen.

Für wertbeständige Löhne!

Wenn eine neue Lohnrunde abgeschlossen wird, so werden Lohnsätze vereinbart, die für die zukünftige Periode von 12 bis 18 Monaten oder mehr gelten sollen. Gleichzeitig aber weiß jedermann, daß die Geldentwertung in beschleunigtem Tempo fortschreitet. Die herrschende Klasse selbst sagt die künftige Steigerung der Inflationsrate frech voraus. Wir aber lassen uns bei der "Lohnrunde" eine Abgeltung des realen Lohnverlustes durch die Geldentwertung in der Vergangenheit als angebliche "Lohnerhöhung" aufschwatzen. Damit gehen wir einem offensichtlichen Betrug auf dem Leim! Eine wirkliche Lohnerhöhung müßte doch eine wirkliche Einkommenserhöhung zumindest im Ausmaß der gesteigerten Arbeitsproduktivität, also der erhöhten Leistung der Arbeiter bringen. Die Herren gewähren uns aber bestenfalls eine Nachzahlung für erlittene Reallohnverluste. Und wenn sie uns, sagen wir, einen Mindeststundenlohn von S 25,- "zugestanden" haben, so sind das im Jahre 1973, in welchem die Lohnsätze auch gelten sollen, kaufkraftmäßig bloß S 22,50; denn die Lebenshaltungskosten sollen ja, ihren eigenen Voraussagen zufolge, bis zu zehn Prozent ansteigen!

Das ist kein Zufall, sondern Methode. Anfang der dreißiger Jahre trat ein "Wirtschaftsfachmann" des Großkapitals, der englische Lord Keynes auf den Plan, der den Kapitalisten riet: Geht davon ab, den Arbeitern einfach direkt den Lohn zu kürzen; denn das werden sie nicht schlucken, sondern durch Streiks und andere Kampfmaßnahmen vereiteln. Macht lieber eine "gelenkte" Inflation, die Preise der von den Arbeitern erzeugten, aber von euch, Unternehmern, angeeigneten Waren werden dann weitaus rascher und vor allem früher steigen als die Löhne. Die Arbeiter werden das schlucken; denn sie glauben, eine Lohnerhöhung zu erhalten, während in Wirklichkeit die Kaufkraft des Lohns sinkt, ohne daß die "dummen" Arbeiter das bemerken. Das war die großartige Erfindung dieses englischen Lords, und von dieser Erfindung zehren die Kapitalisten schon seit vier Jahrzehnten. Sollen die Arbeiter aber ewig die "Dummen" bleiben? Die österreichischen Kapitalisten hoffen es. Deshalb hat auch vor einiger Zeit der Sekretär der Bundeswirtschaftskammer Mussil in der "Presse" freimütig bekannt, die Unternehmer könnten zu ihrem Vorteil aktiv auf die Lohnentwicklung Einfluß nehmen, indem sie die Geltungsdauer der mit den Gewerkschaften abgeschlossenen Tarifverträge verlängern; denn je länger die Geltungsdauer solcher Abmachungen, desto mehr sind die Arbeiter die Betrogenen - wegen der geplanten und andauernden Geldentwertung (Inflation).

Dabei haben die Arbeiter in manchen kapitalistischen Ländern schon längst diesen gemeinen Schwindel erkannt und Versuche unternommen, seine Anstrengungen wenigstens zu mildern. Ein Mittel dafür ist die sogenannte "gleitende Lohnskala". Sie bedeutet: Wenn der offizielle Index der Lebenshaltungskosten im Laufe eines relativ kurzen Zeitraums, sagen wir: von drei Monaten, um z.B. 0,3 Prozent steigt, werden die Löhne und Gehälter automatisch um die gleiche Differenz erhöht. Dem Prinzip nach bedeutet das eine automatische Abgeltung der Teuerung ohne neuerliche Lohnverhandlungen. Praktisch stecken auch in diesem System zahlreiche Tücken: Der Index wird schließlich von kapitalistischen Behörden "ermittelt", gewiß nicht der tatsächlichen Entwicklung der Preise (soweit sie für den Arbeiterhaushalt interessant sind) entsprechend, sondern vielmehr im Interesse der Ausbeuterklasse "frisiert". Dennoch steckt darin zugleich auch die stillschweigende Anerkennung der Tatsache, daß eine Nachzahlung erlittener Reallohnverluste mit einer echten Lohnerhöhung niemals in einen Topf geworfen werden darf.

Und dieser Gesichtspunkt ist für die österreichische Arbeiterschaft von großer Bedeutung. Gerade auf das Prinzip kommt es uns an: Der Lohnschilling muß sich gleichbleiben, wenn auch durch die "gelenkte" Inflationspolitik der Bourgeoisie der Währungsschilling in steigendem Maße seine Kaufkraft verliert. Wenn es im kapitalistischen Frankreich, im kapitalistischen Italien, im kapitalistischen Finnland usw. möglich ist, die Löhne gemäß dem steigenden Index der Lebenshaltungskosten automatisch nachzuziehen, warum soll dies im kapitalistischen Österreich unmöglich sein?

Wir meinen also, daß sich alle Arbeiter und unteren Angestellten in Österreich solidarisch zusammenschließen müssen, um im Jahre 1973 durchzusetzen, daß die Löhne wenigstens vierteljährlich gemäß dem gestiegenen Preisindex automatisch nachgezogen werden, damit sie ihre Kaufkraft zum Zeitpunkt des Abschlusses der letzten "Lohnrunde" beibehalten.

Lohnsteuer auf Kosten der Unternehmer!

Nun gut, sagen die Arbeiter. Die Löhne sollen also mehr oder weniger gemäß der Kaufkraftabwertung des Schilling automatisch aufgewertet werden. Was ist aber dann mit dem Nettolohn? Kommen wir ebenso automatisch in eine höhere Steuerprogression, wenn die Löhne erhöht werden? Das ist absolut richtig.

Die herrschenden Kapitalisten verstehen es, nicht nur vermittels des Budgets das Nationaleinkommen zu Gunsten der Besitzenden umzustellen, sondern auch jede niminelle Lohnerhöhung, d.h. Erhöhung des Geldeinkommens der Werktätigen, und sei diese auch lediglich ein schwacher Ausgleich der Geldwertminderung, wieder rückgängig zu machen oder zumindest teilweise zu entwerten, indem sie die Lohnsteuerprogression gegen die Interessen der arbeitenden Menschen ausnützt.

Erhalten die Werktätigen eine Erhöhung der Löhne und Gehälter oder der Renten und Pensionen, so spüren sie sofort, daß diese Erhöhung durch die "progressiv" erhöhte Steuer radikal vermindert wird. Die Steuerprogression soll angeblich eine "soziale" Maßnahme sein: wer mehr verdient, zahlt mehr. Wenn aber das Geld andauernd entwertet wird, bedeutet dieser angeblich "soziale" Grundsatz einen gewaltigen Betrug an den arbeitenden Menschen: Wenn sie mehr Lohn erhalten, und sei es auch nur als Ausgleich des durch die Teuerung verursachten früheren Lohnverlustes, müssen sie ungleich mehr Steuer zahlen. Gegen diese Ungerechtigkeit begehren die Werktätigen auf. Keine "Steuerreform" vermag aber diese Ungerechtigkeit zu beseitigen, solange die "gelenkte" Inflation als Hebel für die Steigerung des Profits bestehen bleibt. Was tun also?

Wir wollen nicht etwa verlangen, daß das kapitalistische Österreich Maßnahmen trifft, die für ein sozialistisches Land selbstverständlich sind. Wir erwähnen daher nur nebenbei: In der sozialistischen Volksrepublik Albanien haben die Arbeiter und Angestellten überhaupt keine Steuern zu leisten. Das was bei uns als "Lohnsteuer" vom Lohn abgezogen wird, zahlt dort - ebenso wie sämtliche Sozialbeiträge - das sozialistische Unternehmen. So weiß jeder Arbeiter und Angestellte, daß der ihm individuelle gebührende Anteil am Sozialprodukt ungeschmälert zur Auszahlung gelangt, daß Bruttolohn und Nettolohn gleich sind.

Bedeutet es schon einen "Umsturz" der kapitalistischen Gesellschaftsordnung, wenn die Arbeiter verlangen, daß ihnen der Lohn, so wie vereinbart, ungeschmä-

lert, also ohne jeglichen Steuerabzug, ausbezahlt wird? Beim kürzlichen Parteitag der schwedischen Sozialdemokraten, die seit Jahrzehnten dort den kapitalistischen Staat verwaltet, wurde eine Reform verlangt, wonach die Lohn- und Gehaltsempfänger keine Einkommensteuer zu zahlen hätten,die Lohnsteuer also gänzlich zu Lasten der Unternehmer fallen sollte. Die "Arbeiter-Zeitung" hat darüber berichtet. Sie hat jedoch nicht gemeldet, daß sich etwa die Kreisky-Regierung diesen Standpunkt der sozialdemokratischen Parteitagsdelegierten Schwedens zu eigen gemacht hätten. Umso mehr sollten diesen gerechten Standpunkt die österreichischen Arbeiter aufgreifen.

Wir meinen, daß es eine weitere Aufgabe des gemeinsamen Kampfes aller Arbeiter Österreichs sein müßte, zu fordern und durchzusetzen, daß Arbeiter, Angestellte und öffentlich Bedienstete keinerlei Einkommens-Lohnsteuer zu zahlen haben,daß vielmehr diese Steuer einzig und allein die Unternehmer tragen müssen. Dafür sollten alle Werktätigen kämpfen! Nettolohn gleich Bruttolohn - so muß die Parole lauten.

Auch in Österreich: Solidarität mit Indochina

Die Solidaritätsdemonstration für die kämpfenden Völker Indochinas am 19.Jänner in Wien war die größte und politisch profilierteste, die es in Wien gegeben hat.

Kurz die Vorgeschichte: Einer Initiative der marxistisch-leninistischen Studenten entsprechend, trafen sich faktisch alle linken und fortschrittlichen Gruppen in Wien zu Vorbereitungsgesprächen. Ausgeblieben waren die Vertreter der "K"PÖ-Führung - was nicht schlecht war -, die zu diesem Zeitpunkt scheinbar noch nicht schlüssig waren, ob eine Teilnahme mit ihrer Aufgabe der Interessensvertretung der russischen Sozialimperialisten in Österreich in Einklang zu bringen war. Teilgenommen haben allerdings auch Vertreter des Trotzkismus, über dessen wirkliche Rolle in den Kreisen der fortschrittlichen Gruppen noch lange keine Klarheit herrscht.

Nichts konnte aber die Veränderung der Situation besser dokumentieren, als das Erscheinen von Vertretern fast aller Jugendorganisationen der SPÖ, deren Indochina-Solidaritätskomitee und Vertretern ÖVP-naher Organisationen und Glaubensgemeinschaften. Es war dies der sichtbare Ausdruck, wie die Erkenntnis über das wahre Wesen der amerikanischen Aggression gegen die Völker Indochinas und der mörderischen Kriegspolitik des US-Imperialismus sich auch in Österreich rasant entwickelt hat. Es war dies aber auch der Ausdruck dafür, daß der beharrliche und richtungsweisende Kampf der österreichischen Marxisten-Leninisten in der Frage der Solidarität mit den kämpfenden Völkern von Vietnam, Laos und Kambodscha nicht erfolglos war.

Journaldienst der VRA: jeden Mittwoch, Donnerstag und Freitag von 13 bis 18 Uhr in Wien 20, Universumstraße 40. Telefon 33 87 774.

Es wurde schon bei der ersten Besprechung ein Indochina-Solidaritätskomitee konstituiert. Sektiererische Spaltungsversuche wurden sofort entschieden zurückgewiesen und eine im wesentlichen richtige politische Plattform erarbeitet. Das Ergebnis ist bekannt. Die Demonstration wurde von vielen Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens und von den verschiedensten Organisationen unterstützt, die sich noch im Laufe der Vorbereitungen dem Demonstrationsaufruf anschlossen.

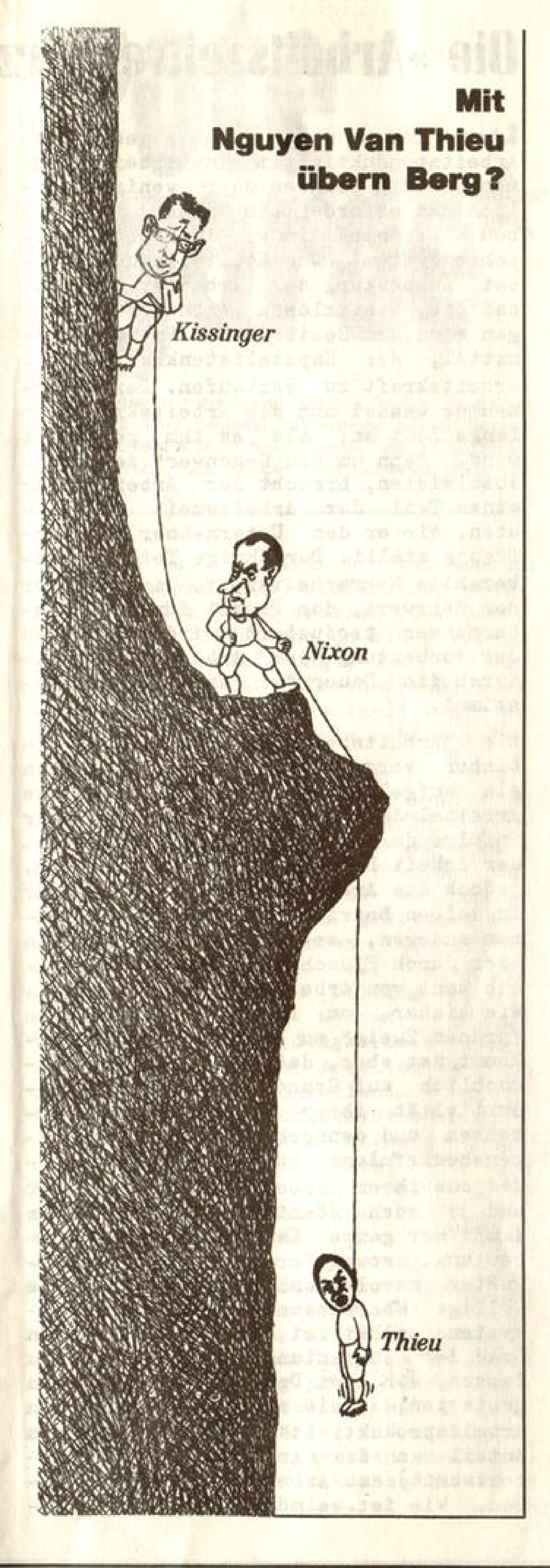
Es war tatsächlich eine Verurteilung des USA-Imperialismus, die durch alle Bevölkerungsschichten, Parteien und Glaubensgemeinschaften von Österreich ging. Die weltweite Isolierung der amerikanischen Kriegsverbrecher zeigte sich auch in unserem Land. Und das, obwohl die amerikahörigen Knechte in den Parteien alles daransetzten, die Solidaritätswelle für die indochinesischen Völker einzudämmen. Anfänglich konnten sie nicht so, wie sie wollten.Da waren die mörderischen Bombardements und die Drohung mit dem Einsatz von Atomwaffen noch zu lebendig.Da schien es diesen Bonzen noch ratsam, zu schweigen. Da hatte vor allem die SP-Führung nichts dagegen, daß ihre "Linken vom Dienst" wieder einmal "aktiv" wurden.Aber mit den neuen Friedensschalmeien aus Amerika setzte auch der Druck gegen diejenigen ein, die ehrlich und entschieden die verbrecherische US-Aggression in Indochina verurteilen. Es spricht für diese Menschen, daß sie diesem Druck nicht nachgegeben haben,obwohl einige von ihnen - noch nicht fest genug - sich einigermaßen distanzierten.Diese Leute werden noch erkennen, daß es richtig ist, mit "Linken" zu gehen, als materiellem Druck nachzugeben, als Elend und Tod des Imperialismus über sich ergehen zu lassen.

Es liegt im Interesse der weiterhin notwendigen, verstärkten Solidarität mit den Völkern Indochinas - mit allen unterdrückten Völkern der Erde -, diese Menschen jetzt gegen den Druck ihrer Bosse zu unterstützen! Es liegt dies auch im Interesse des österreichischen Volkes.Denn solange Diener und Knechte der einen oder der anderen Supermacht das österreichische Volk aus ihren Profit- und Machtgelüsten heraus uns dafür dienstbar machen wollen, besteht auch für unser Land die Gefahr, Schlachtfeld imperialistischer Auseinandersetzungen zu werden.

Wie niemals zuvor wurde bei dieser Demonstration auch die Kläglichkeit der revisionistischen "K"PÖ-Führer bewiesen. Sehr schnell mußten sie umschalten und sich dem Demonstrationsaufruf anschließen. Schon deshalb, weil alles andere die ehrlichen Mitglieder dieser Partei nicht verstanden hätten. Sie setzten vorerst einmal alles daran,sich in den Vordergrund zu spielen. Das mißlang vollkommen. Und es mißlang auch bei der Demonstration selbst. Denn hier hatten die "K"PÖ-Bonzen keine Gelegenheit mehr,ihren Aufgaben nachzukommen.

Die Teilnahme von viel mehr ehrlichen "K"P-Genossen als bei parteiinternen Aktionen üblich, zeigt nur die Richtigkeit unserer Einschätzung über sie.Sie zeigt aber auch die Notwendigkeit, daß sie sich mit dem Studium des Marxismus-Leninismus viel mehr beschäftigen müssen. Dann hätten die verräterischen Bonzen ausgespielt.

Gemeinsam mit den Demonstranten in den anderen Städten Österreichs haben die mindestens 8000 in Wien bewiesen, daß die Hauptströmung in der Welt die Revolution ist. Als VRA (ML) haben wir dazu unseren Beitrag geleistet.



Die »Arbeitszeitverkürzung« — ein Schwindel

Längst schon würde unsere gestiegene Arbeitsproduktivität eine Arbeitswoche von dreißig Stunden oder weniger möglich und erforderlich machen. Wir leben aber noch immer im kapitalistischen System. Und Kapitalismus bedeudet Ausbeutung der Arbeiter dadurch, daß die besitzlosen Arbeiter gezwungen sind, dem Besitzer der Produktionsmittel, der Kapitalistenklasse, ihre Arbeitskraft zu verkaufen. Der Unternehmer wendet nun die Arbeitskraft so lange Zeit an, als es ihm gestattet wird. Denn um den Gegenwert des Lohns abzuleisten, braucht der Arbeiter nur einen Teil der Arbeitszeit abzuleisten, die er dem Unternehmer zur Verfügung stellt. Der übrige Teil ist unbezahlte Mehrarbeitszeit, in welcher der Mehrwert, der Profit für den Unternehmer produziert wird. Der Grad der Ausbeutung der Arbeiter ist also durch die Dauer der Arbeitszeit bestimmt.

Die "Arbeitszeitverkürzung", wie sie bisher vorgenommen wird, ist jedoch ein aufgelegter Schwindel. Denn die Arbeitsleistung pro Stunde ist zwar infolge der gesteigerten Produktivität der Arbeit bedeutend höher als zuvor, jedoch die Arbeiter müssen, sei es nur im selben Betrieb oder zugleich in einem anderen, sei es durch Überstunden oder durch Pfusch, mindestens die gleiche Zahl von Arbeitsstunden ableisten, wie bisher, um finanziell auf einen "grünen Zweig" zu kommen. Worauf es ankommt, ist aber, daß die Arbeiter tatsächlich auf Grund der größeren Produktivität ihrer Arbeit weniger arbeiten und dennoch ein für ihre Lebensbedürfnisse ausreichendes Einkommen aus ihrer Arbeit beziehen sollten und ja auch könnten. Letzten Endes läuft der ganze Kampf gegen die Ausbeutung, soweit er nicht ein zielbewußter revolutionärer Kampf für die völlige Überwindung des Ausbeutungssystems selbst ist, darauf hinaus, den Grad der Ausbeutung nicht steigern zu lassen, d.h. den Unternehmern nicht zu gestatten, daß sie aus der gesteigerten Arbeitsproduktivität einen größeren Anteil an der Arbeitsleistung (=Arbeitszeit) des Arbeiters an sich reißen. Wie ist es möglich, daß die Arbeiter eine ständig wachsende Ausbeutung ihrer eigenen Arbeitskraft durch die kapitalistischen Unternehmer verhindern? Nur dadurch, daß sie eine tatsächliche Verkürzung der Arbeitszeit erzwingen.

Was heißt nun tatsächliche Arbeitszeitverkürzung? Diese kann nur an der Vermehrung der tatsächlichen Freizeit gemessen werden. Nur wenn der Arbeiter in der abgeleisteten Arbeitszeit (egal wo und wie) soviel verdient, daß er sich tatsächlich mehr Freizeit gönnen kann, hat er an dem von ihm selbst geschaffenen technischen Fortschritt wirklich Anteil. Je größer der technische Fortschritt, desto mehr leistet der Arbeiter in einer gegebenen Spanne der Arbeitszeit, desto mehr Profit bringt er dem Unternehmer, desto größer wird das Kapital, desto stärker wird die Versklavung der Arbeit durch die Kapitalisten. Andererseits: Je größer der technische Fortschritt und dementsprechend die Produktivität der Arbeit, desto weniger müßte der Arbeiter am Werke sein, um seine Lebensbedürfnisse und dic objektiven Bedürfnisse der gesellschaftlichen Reproduktion zu befriedigen. Der wirkliche Reichtum der Gesellschaft besteht in der vermehrten Freizeit.

Wir empfehlen unseren Lesern folgendes Zitat aus dem "Anti-Dühring" von Engels aufmerksam zu studieren: "...daß alle bisherigen geschichtlichen Gegensätze von ausbeutenden und ausgebeuteten, herrschenden und unterdrückten Klassen ihre Erklärung finden in derselben verhältnismäßig unentwickelten (wie es früher der Fall war! - D.Red.) Produktivität der menschlichen Arbeit. Solange die wirklich arbeitende Bevölkerung von ihrer notwendigen (d.h. zur Fristung des Lebens und zur Heranbildung einer neuen Arbeitergeneration notwendigen - D.Red.) Arbeit so sehr in Anspruch genommen wird, daß ihr keine Zeit zur Besorgung der gemeinsamen Geschäfte der Gesellschaft - Arbeitsleistung, Staatsgeschäfte, Rechtsangelegenheiten, Kunst, Wissenschaft etc. - übrigbleibt, solange mußte stets eine besondere Klasse (von nicht arbeitenden Ausbeutern - Anm.d. Red.) bestehen, die, von der wirklichen Arbeit befreit, diese Angelegenheiten besorgte; wobei sie denn nie verfehlte, den arbeitenden Massen zu ihrem eigenen Vorteil mehr und mehr Arbeitslast aufzubürden. Erst die durch die große Industrie (und schon gar durch die moderne Technik des letzten Drittels des 20. Jahrhunderts - d.Red.) erreichte ungeheure Steigerung der Produktivkräfte erlaubt, die Arbeit auf alle Gesellschaftsglieder ohne Ausnahme zu vereiteln und dadurch die Arbeitszeit eines jeden so zu beschränken, daß für alle hinreichend freie Zeit bleibt, um sich an den allgemeinen Angelegenheiten der Gesellschaft - theoretisch wie praktisch - zu beteiligen." (Hervorhebung von uns. D.Red.)

Jeder denkende Arbeiter merkt gleich, worauf es ankommt: frei sein heißt, daß die arbeitenden Menschen selbst über die Geschicke der Gesellschaft bestimmen, und das können sie erst, wenn sie genügend Freizeit haben, um die Fragen der Politik und Verwaltung, der Wissenschaft und Kunst ect. in die eigenen Hände nehmen zu können. Wenn von Freizeit die Rede ist, dann handelt es sich also nicht einfach um eine Zeit, die frei ist von Zwangsarbeit (von durch die wirtschaftlichen Notwendigkeiten erzwungener Arbeit), sondern um eine Zeit, die frei ist für politische, wissenschaftliche u. Verwaltungsarbeit. Es handelt sich also letzten Endes darum, ob wir Sklaven der herrschenden Klasse und des herrschenden Sklavereisystems - trotz Auto und Fernsehapparat - bleiben müssen oder ob wir wirklich freie Menschen sein wollen, die keine Herren "dort oben" brauchen, sondern selbst ihr Schicksal bestimmen können.

Die herrschende Klasse hat einen guten "Riecher" für diese Kardinalfrage unserer Zeit! Sie macht sich schon seit langem "Sorgen" um die Freizeit der arbeitenden Menschen. Neuerdings forderte die SP-Regierung in der Novellierung des Betriebsrätegesetzes einen "Bildungsurlaub" für Betriebsräte, der offensichtlich darauf abzielt, gewählte Vertrauensmänner der Arbeiter zu geeichten Arbeitsverrätern und Agenten des Kapitals zu "bilden". Und flugs erhebt die "Fraktion christlicher Arbeiter" (ÖAAB=ÖVP) die Forderung nach "Bildungsurlaub" für Arbeiter, um bürgerliche "Bildung" (d.h. die Ausbeuterideologie der herrschenden Kapitalistenklasse) in die breiten Massen hineinzutragen. Und schließlich wetteifern beide "Großparteien" der Bourgeoisie zum Jahresende um ein Programm der "Erwachsenenbildung", das 1973 anlaufen soll. Der Klassenfeind merkt sehr wohl, wie der Hase läuft. Und was sagt der klassenbewußte Proletarier dazu?

Das sollte unserer Meinung nach eine Forderung der österreichischen Arbeiterklasse sein: Die Arbeiter müssen vom Unternehmer bezahlte Freizeit für Arbeiterbildung erzwingen! Wir müssen verlangen, daß von den geltenden gesetzlichen Wochenstunden mindestens zwei bis vier Stunden auf Kosten des Unternehmers für die Bildung der Arbeiter freigestellt werden. Welche Richtung diese Bildungsarbeit nehmen soll, ist Sache der Arbeiter selbst. Sie müssen auf demokratische Weise in allgemeinen Belegschaftsversammlungen das Programm dieser Bildungsarbeit festlegen und es dann selbst durchführen. Wir meinen, daß eine freie Diskussion über die verschiedenen Ansichten, die es innerhalb der Arbeiterklasse gibt, von gewaltiger Bedeutung für die Entwicklung der Arbeiterbewegung in Österreich sein würde. Dabei müßten alle ideologischen Richtungen innerhalb der Arbeiterschaft volle Freiheit der Meinungsäußerung haben, damit sich die Arbeiter ihre Meinung bilden können. Wir sind überzeugt, daß sich letzten Endes der Klassenstandpunkt der Arbeiterschaft, den wir konsequent vertreten, durchsetzen wird. ●

rote garde★

Die Zeitschrift der revolutionären Jugend. Erscheint jährlich etwa zehnmal. Einzelpreis S 3,—, Jahresabonnement S 24,—. Bestellungen bitte an die VRA: 1205 Wien, Fach 3, oder 6923 Lauterach, Fach 66.